

Antrag

der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Birgit Homburger, Dr. Christel Happach-Kasan, Gudrun Kopp, Marita Sehn, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Joachim Günther (Plauen), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Antragsverfahren bei Agrardiesel deutlich vereinfachen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 1. Januar 2001 ist das Agrardieselgesetz in Kraft getreten. Mit dem Agrardieselgesetz sind für die heimische Land- und Forstwirtschaft sowie den Gartenbau zwei entscheidende Nachteile verbunden:

1. Land- und Forstwirte sowie Gärtner müssen trotz des reduzierten Steuersatzes, der 25,56 Cent je Liter beträgt, wesentlich höhere Dieselpreise tragen als ihre europäischen Konkurrenten.
2. Das Antragsverfahren auf Vergütung der Mineralölsteuer ist mit einem Gesamtumfang von 28 Seiten äußerst umfangreich und sehr bürokratisch.

Im Jahr 2002 haben rund 310 000 Betriebe einen Antrag auf Vergütung der Mineralölsteuer gestellt. Dazu mussten die antragstellenden Land- und Forstwirte sowie Gärtner einen fünfseitigen Antrag ausfüllen, der zudem fünf Seiten Ausfüllanleitung sowie eine 18-seitige Ausfüllhilfe umfasst. Dieses Verfahren bedeutet eine erhebliche Bürokratielast. Außerdem führt die notwendige Prüfung der Anträge in den Hauptzollämtern für die zuständigen Beamten und Angestellten zu einer aufwendigen Verwaltungstätigkeit.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

unverzüglich Vorschläge zu unterbreiten, um das bürokratische Antragsverfahren bei Agrardiesel drastisch zu entbürokratisieren und zu vereinfachen und nach Möglichkeit durch ein einseitiges Antragsformular zu ersetzen. Eine solche Antragsgestaltung entlastet Land- und Forstwirte sowie Gärtner von Bürokratielasten und ermöglicht Freiräume in den zuständigen Verwaltungen.

Berlin, den 9. April 2003

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

